

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in unregelmäßiger Reihenfolge berichte ich Ihnen aus Berlin. Heute möchte ich Sie über die aktuellen Haushaltsberatungen und den daraus resultierenden Haushaltsbericht in Kenntnis setzen sowie die Einsetzung einer Gemeindefinanzkommission informieren. Ein weiteres Thema sind die letzten Volkskammerwahlen der DDR und die dafür abgehaltene Feierstunde des Deutschen Bundestages. Desweiteren möchte ich auch noch über meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin berichten.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Haushaltsberatungen und Haushaltsbericht
2. Gemeindefinanzkommission eingesetzt
3. Volkskammerwahlen der DDR vor 20 Jahren
4. Relevantes für Mannheim und die Region



Aussteigerprogramm für Taliban

1. Haushaltsberatungen und Haushaltsbericht

Die CDU/CSU hat gemeinsam mit der FDP den ersten Haushalt in der neuen Legislaturperiode verabschiedet. Mit der Absenkung der Nettokreditaufnahme um 5,6 Milliarden Euro auf 80,2 Milliarden Euro gegenüber dem Entwurf des Haushaltes hat die christlich-liberale Koalition ihren Willen zur Konsolidierung dokumentiert. Die Absenkung ist ein erster, aber wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse bis zum Jahr 2016. Diese gibt die schrittweise Reduzierung des strukturellen Defizits auf dann 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vor.

Trotz der beachtlichen Kürzung der Ausgaben insgesamt werden die Investitionsausgaben aber auf ihrem Niveau gehalten. Die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm werden sogar erhöht. Dies ist gerade in einer Situation, in der die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Lage der öffentlichen Haushalte in Europa und in der Eurozone zunimmt, ein wichtiges Signal auch für andere Länder. Deutschland geht bei der Haushaltskonsolidierung mit gutem Beispiel voran.

2. Gemeindefinanzkommission eingesetzt

Die Bundesregierung hat eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung eingesetzt. Aufgabe dieser Kommission ist es, auf der Basis einer Bestandsaufnahme Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten.

Die Kommission wird sich mit dem Prüfauftrag des Koalitionsvertrages befassen und zeitnah Vorschläge zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung erarbeiten. Hierbei wird auch der aufkommensneutrale Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer mit eigenem Hebesatzrecht geprüft. Dabei soll eine Aufkommens- und Lastenverschiebung insbesondere zwischen dem Bund auf der einen und Ländern und Kommunen auf der anderen Seite vermieden werden.

Die Kommunen zu entlasten und den kommunalen Handlungsspielraum zu erweitern, muß meines Erachtens Maßstab für die Kommissionsarbeit werden.

3. Volkskammerwahlen in der DDR vor 20 Jahren

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag in einer Feierstunde an den 20. Jahrestag der Volkskammerwahl am 18. März 1990 erinnert. Damals konnten die Menschen in der ehemaligen DDR erstmals in einer freien, gleichen und geheimen Wahl über die Zusammensetzung ihres Parlaments entscheiden. Mit 48 Prozent wurde die aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch bestehende „Allianz für Deutschland“ mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft in der letzten Volkskammer.

Nach über vierzig Jahren linker Diktatur, Unterdrückung und Misswirtschaft entschieden sich die Ostdeutschen für Freiheit, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft.

Die Volkskammerwahl war eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Sie war die Krönung der Anstrengungen der ostdeutschen Demokratiebewegung und schuf die Grundlage für die erfolgreiche Zusammenarbeit der DDR unter Führung von Lothar de Maizière und der Bundesregierung, die in die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mündete. Daran erinnerte der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, in seiner Rede. Lothar de Maizière sagte, die freie Volkskammerwahl von 1990 sollte mehr denn je als ein „Plebiszit zur deutschen Einheit“ verstanden werden.

4. Relevantes für Mannheim und die Region

Lärmschutzpilotprojekt entlang der östlichen Riedbahn

Auf meine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung hin, wie der derzeitige Planungs- und Finanzierungsstand des entlang der Bahnlinie der östlichen Riedbahn in Mannheim-Neuostheim vorgesehenen Lärmschutzpilotprojekts ist, antwortete der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Enak Ferlemann MdB, dass die bautechnischen Maßnahmen in zwei Schritten, Einbau der Schienenstegbedämpfer und Errichtung niedriger Lärmschutzwände, erfolgen.

Die DB Netz AG hat mittlerweile den Entwurf des Antrages auf Baufreigabe für die Schienenstegbedämpfer beim Projektträger zur Vorprüfung eingereicht. Der offizielle Antrag liegt zwar noch nicht vor, jedoch sei davon auszugehen, dass die Baumaßnahme im dritten Quartal 2010 erfolgen wird.

Für die Baumaßnahme der Errichtung der Lärmschutzwände wird derzeit eine offizielle Ausschreibung vorbereitet.

Wiedereröffnung der Postfiliale in Rheinau-Süd

Nachdem im Dezember 2009 überraschenderweise die Postfiliale in Rheinau-Süd geschlossen worden war, war eine postalische Versorgung des Stadtteils Rheinau nicht mehr gewährleistet. Daraufhin hatte ich mich bei der Deutschen Post in Bonn und bei der Regionalleitung Südwest für eine Wiedereröffnung stark gemacht. Diese Bemühungen waren von Erfolg gekrönt. Nachdem die Post einen geeigneten Kooperationspartner gefunden hatte, erfolgte am 15. März in der Rohrhofer Straße die Wiedereröffnung.

Bunker werden verwertet

Von Seiten der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist zu erfahren, dass eine endgültige Verwertung der fünf bundeseigenen Bunker in Mannheim angestrebt wird. Hierbei handelt es sich um die Bunker in der Durlacher Straße, der Meerfeldstraße, der Steubenstraße und der Böcklinstraße sowie um den Tiefbunker in der Hochuferstraße.

Ziel dieser Maßnahme sei, so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Steffen Kampeter, auf meine Anfrage hin, nicht betriebsnotwendiges Vermögen des Bundes nach kaufmännischen Gesichtspunkten wirtschaftlich zu veräußern.

Bund gibt 11 Millionen Forschungs- und Entwicklungsgelder nach Mannheim

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Annette Schavan, teilte mir auf meine Anfrage hin mit, dass im Jahr 2010 insgesamt 11,29 Millionen Euro an Fördermitteln nach Mannheim fließen. Dies ist eine Steigerung um fast 16% im Vergleich zum Vorjahr.

Diese Fördermittel verteilen sich über 86 verschiedene Projekte aus einem sehr breiten Spektrum, das sich von einzelnen Firmen über die Stadt Mannheim bis hin zur Universität Mannheim erstreckt. An der Spitze der geförderten Projekte stehen hierbei die Medizinische Fakultät der Universität, Roche Diagnostics sowie Bombardier. Unter den unterstützten Einrichtungen findet sich auch die Mannheimer Popakademie mit einem Projekt.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de